

PROTOKOLL DER SITZUNG DER AUSCHÜTZER/INNEN VOM 27. 12. 1984

Wichtigstes Ergebnis ist die Bearbeitung des beiliegenden Konsens der Ausschützer/innen vom 26. 12. 1984.

Folgende ergänzende Forderungen mögen in den Lagern diskutiert werden:

- André HELLER: wenn ein Volksbegehren über 500.000 Stimmen erreicht wird, soll grundsätzlich eine Volksabstimmung abgehalten werden.
- Doz. AUBAUER: Vorrang der besseren Energienutzung vor dem Ausbau der Wasserkraft und damit verbunden eine effiziente Waldrettung statt Milliarden für das KW-Hainburg.

Eine Gruppe von Ausschützer/innen übergab den beiliegenden Text einem Sekretär des Bundeskanzleramtes.

Diese Forderungen dienen als Basis für die Verhandlungen, die der Bundesregierung angeboten wurden. Das Verhandlungsteam der Ausschützer/innen soll in Zukunft zur Hälfte aus den Lagern in der Au ~~und~~ bzw. aus den Wiener Initiatoren bestehen.

Weitere wichtige Termine:

1. 1. 1985: Proklamation der Donau-March-Thaya-Auen zum Nationalpark;
5. u. 6. 1. 1985: bundesweite Hainburgtagung im Gasthaus Kramreither in Eckhartsau. Beginn 13^h 30. Nächtigung in der Au.

Nachdem die einschlägige Ministerratssitzung von 3. 1. auf Freitag den 4. 1. verschoben wurde, sind etwaige Aktionen gegen die Ausschützer/innen, besonders am Montag, den 7. 1. zu erwarten. Entsprechend viele Leute müssen dann in der Au sein.

Weitere Sitzungen werden folgen;
auf bald in der Au

Martin Fasani

KONSENS DER AUSCHÜTZERINNEN UND AUSCHÜTZER VOM 26. 12. 1984

1. Gründe für die Besetzung:

- * Erhaltung der Donauauen und der jetzigen Stromlandschaften östlich von Wien.
- * Protest gegen die offensichtlich rechtswidrige und undemokratische Vorgangsweise der Bundesregierung, der NÖ Landesregierung und der Sozialpartner.

2. Forderungen:

- * Ökologischer Landfrieden. Keine neuerlichen Gewaltanwendungen gegen die Naturschützerinnen und Naturschützer in der Au; Sicherstellung von deren Verpflegung und sonstiger Versorgung.
- * Keine Schlägerungen, keine Rodung, kein Baubeginn, keine Volksabstimmung vor Klärung der rechtlichen Situation.
- * Keine Verlängerung der Rodungsbewilligung über den 31. 1. 1985 hinaus.
- * Errichtung eines "Nationalparks" Donau-March-Thaya-Auen. Vollständige Erhaltung der Auen, keine forstliche oder touristische Nutzung.
- * Gegebenenfalls Volksabstimmung über den "Nationalpark"
- * Keine Verknüpfung einer Volksabstimmung mit dem AKW oder anderen Kraftwerken.